

Kolmarer Kreiszeitung.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Kolmar i. p.

Mit verbindlicher Publikationskraft für alle amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Städte und Ortshafte des Kreises.



Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von A. Speck in Kolmar in Polen.

Anzeigen werden pro 1 spaltige Petitzeile oder deren Raum mit 15 Pf. und Reklamen mit 30 Pf. berechnet. Abonnements nehmen an alle Kaiserlichen Postanstalten, sowie die Post-Landbriefträger und für Kolmar i. p. die Expedition dieses Blattes sowie die Zeitungsboten.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zum vierteljährlichen Abonnementspreise von 1 Mk. 25 Pf. incl. des Sonnabend-Nummern beiliegenden „Illustrierten Unterhaltungsblattes“ und der landwirtschaftlichen Beilage „Praktische Mitteilungen für die Ostmark“, sowie der monatlichen Beilage „Deutsche Mode und Handarbeit“ mit 8 seitigen Schnittmusterbogen und den Zeichnungslisten der Preussischen Klassenlotterie.

№ 134

Verlagsort: Kolmar i. p.

Kolmar i. P., Dienstag, 14. November 1911

Telegraphen-Adresse: Kreiszeitung Kolmar-Polen.

58. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Kolmar i. P., den 6. November 1911.

Des Königs Majestät haben durch Allerhöchsten Erlass vom 15. Mai d. Js. dem Kaiserin Auguste Viktoriahaus zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich zu Charlottenburg die Genehmigung zu erteilen geruht, zum Zwecke des weiteren Ausbaues der Anstalt in den beiden nächsten Jahren je eine Geldlotterie mit jedesmal 100 000 Mark Reinertrag und 300 000 Mark Spielfontal zu veranstalten und die Lose in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Nach dem genehmigten Spielplan sollen in jeder Klasse 150 000 Lose zum Preise von je 2 Mark ausgegeben und 3667 Bargewinne im Gesamtbetrage von 100 000 Mark ausgespielt werden. Die Ziehung der ersten Serie der Lotterie ist auf den 27. und 28. März 1912 festgesetzt; mit dem Losevertrieb darf jedoch nicht vor dem 12. Januar 1912 begonnen werden.

Der Königliche Landrat.

Kolmar i. P., den 6. November 1911.

Des Königs Majestät haben durch Allerhöchsten Erlass vom 6. Mai d. Js. dem Deutschen Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose die Genehmigung zur Veranstaltung von drei Geldlotterien mit je 125 000 Mark Reinertrag und je 375 000 Mark Spielfontal für den Umfang der Monarchie zu erteilen geruht.

Nach dem genehmigten Spielplan sollen in jeder Lotterieserie 125 000 Lose zum Preise von je 3 Mark ausgespielt und 3702 Bargewinne im Gesamtbetrage von 125 000 Mark ausgespielt werden. Die Ziehung der ersten Serie ist auf den 7. und 8. Mai 1912 festgesetzt; mit dem Losevertrieb darf jedoch nicht vor dem 12. Januar 1912 begonnen werden.

Der Königliche Landrat.

Kolmar i. P., den 30. Oktober 1911.

Dem landwirtschaftlichen Verein für Rheinpreußen zu Bonn hat der Herr Minister des Innern die Erlaubnis erteilt, gelegentlich der im Juli 1912 in Bonn stattfindenden Rheinischen Provinzialpferdeausstellung eine öffentliche Verlosung von Pferden und Silbergegenständen zu veranstalten und die Lose in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Es sollen 200 000 Lose zu je 1 Mark ausgegeben werden und Gewinne im Gesamtwerte von 80 000 Mark zur Auspielung gelangen.

Der Königliche Landrat.

Sudbin, den 10. November 1911.

Wegen Pfasterungsarbeiten ist der Weg Proffen-Wischin bis auf Weiteres für den Fußverkehr gesperrt. Der Verkehr findet über Segenfelde bzw. Wischin-Neudorf statt.

Der Königliche Distrikt-Kommissar.

Nichtamtlicher Teil.

Das Echo der Presse.

Konflikt Reichskanzler-Herr v. Seydebrand.

Der am zweiten Tage der Marzoffdebatte zwischen der Reichsregierung und der konservativen Partei hervorgegangene Konflikt, der in dem scharfen Redewechsel Reichskanzler-Herr v. Seydebrand seinen Ausdruck fand, fällt alle Welt in Atem. Man weiß nirgend so recht, was nun werden soll, jedenfalls ist die öffentliche Meinung aber einig in der Betonung des Außergewöhnlichen dieses Vorgehens. Nachstehend einige Presseäußerungen aus den verschiedensten politischen Lagern.

Deutschland.

Kreiszeitung (konservativ): Als er, der Reichskanzler, Herr v. Seydebrand dann vorwarf, die Konservativen wollten mit der Betonung seiner nationalen Bedenken nur Parteinteressen dienen, sie schädigten das deutsche Volk; und als er dann diese Worte gar dahin verdichtete, daß die kraftvolle patriotische Politik der Konservativen mehr mit den bevorstehenden Wahlen als mit dem Marzoff-Abkommen zusammenhänge, dann nahm die bis dahin mehr persönliche Auseinandersetzung zwischen dem Reichskanzler und dem Führer der konservativen Partei eine verhängnisvolle Wendung. Denn jetzt war die gesamte Fraktion, welche ihre politischen Rechte nicht für alle Seiten einbüßen, gesonnen, an den Vorwürfen des Kanzlers Stellung zu nehmen und sie zurückzuweisen.

Politische Volkszeitung (Zentrum): Die Reichskanzlerrede ist ein politisches Ereignis, dessen Bedeutung im Augenblick noch nicht nach allen Seiten hin zu übersehen ist. Die Situation hatte heute im Reichstag so manche Ähnlichkeit

mit der vom 13. Dezember 1906, nur daß die Rollen der Parteien vertauscht sind. Damals sollte es gegen das Zentrum gehen, heute könnte man meinen, es solle gegen die Konservativen Sturm gelauten werden.

Deutsche Tageszeitung (Zentrum der Landwirte): Deist es nicht — das ist und bleibt das Entscheidende — die nationalen Imperoberabilitäten schon zu erwarten, wenn die Beschlüsse nationaler Entschlossenheit und österreichischer Ostermächte herari von derjenigen Stelle zurückgeschoben werden, die in erster Linie berufen erscheinen sollte, sie als eine Macht zu benutzen, wie sie nur selten aus dem freien Empfinden des Volkes sich darbietet, um innere und äußere Schwierigkeiten zu überwinden?

Tägliche Rundschau (alldeutsch): Von dem „Steger“ Behmann sollweg zu reden, ist trotz des angeblich frohdierenden Kronprinzen, trotz der sympathischen Zugluft, die jeden Einmalen umweht, reichlich naiv. Er hat niemanden, den er regieren und niemanden, der ihn regieren könnte. Er ist jetzt wirklich „über“ den Parteien. Er schwebt nur noch entrückt, nicht arm an Tragik, aber auch reich an „objektiver Schuld“.

Magdeburgerische Zeitung (rechts-nationalliberal): Was nun werden soll, das ist eine große Frage, auf die wohl niemand eine Antwort zu geben vermag. Die nächste Folge ist das völlige Zerbrechen ein Durcheinander, in dem niemand mehr feste Richtlinien zu erkennen vermag. Mit den Konservativen verbindet, von den Nationalliberalen durch tiefes Mißtrauen getrennt, wie will Herr v. Behmann da im neuen Reichstag eine Mehrheit finden, mit der er arbeiten kann, vorausgesetzt, daß er immer noch an eine so lange Amtsdauer glaubt?

Leipziger Neueste Nachrichten (alldeutsch): Was soll, was kann nun werden. Dem Befall der Genossen mischte sich der Befall des Freisinn. Will mit diesen beiden Parteien der Kanzler in die Wahlkämpfe ziehen? Der Friede mit der Reden ist für immer gestört. Die Sympathien der Nationalliberalen sind verlohren. Es ist aber ein Naturgesetz, daß im Kanzler nicht die Volkserwartung sterben kann. Und es ist sicher, daß kein Kanzler gegen Konservativ und Nationalliberale Politik zu treiben vermag. Was nun?

Nationalzeitung (nationalliberal): Der Bruch des Reichskanzlers mit den Konservativen erscheint so vollständig, daß an eine Teilung kaum noch zu denken ist. Man will wissen, daß der Kanzler bereits losgelassen als Privatmann und nicht als leitender Staatsmann angesehen hat, und deshalb aus seinem Perlen in Würdiger machte. Es fällt in der Tat schwer, an die Fortdauer des Behmannschen Regimes zu glauben, nur es der Stütze der Konservativen beraubt ist.

Berliner Tageblatt (linksliberal): Was ist, lo fragt man vor allem, hinter den Umständen vorgegangen, daß Herr v. Behmann sollweg so zum ungekrönten Könige zu werden, ihm so gründlich das Wahlrecht zu verderben mochte? Der erste Gedanke war, daß ein Kanzler zu den Konservativen nur dann lo zu sprechen pflegt, wenn er um Gehen bereit ist und künftiger Parteimitglied nicht mehr bedarf. Aber, wenn wir recht nicht irrt sind, denkt Herr v. Behmann: sollweg daran nicht, und vor allem soll ihm der Kaiser fester denn je sein Vertrauen ausgedehnt haben.

Hamburger Fremdenblatt (liberal): Man steht nach dem Auftreten des Kanzlers vor einem neuen Rästel, niemand weiß, wo Herr v. Behmann hinauswill, vor allem sieht man keine Möglichkeit mehr, wie er noch weiter mit dieser Volkserwartung zusammenarbeiten will, nachdem er eine lo unüberbrückbare Kluft zwischen sich und den maßgebenden Parteien geschaffen hat.

Postliche Zeitung (linksliberal): Eine solche Sprache gegen das Oberhaupt der Rechten hat man nicht gehört seit den Tagen, wo Bismarck sich mit den Geruch, Verlor den „Reichsgeldern“, der „Kreuzzeitung“ und den „Declaranten“ auseinandersetzte. Ein Aufsehen wie dieses Quell Behmann-Seydebrand hat kein parlamentarisches Ereignis gemacht seit Reichstagsenden. Schade, daß der Kronprinz ihm nicht bewohnte. Jedenfalls hat Herr v. Behmann sollweg den ersten rhetorischen und einen wirklich politischen Erfolg in seiner Kanzlerschaft erlangt.

Sternzeitung (konservativ): Herr v. Behmann hat in letzter Stunde nachgeholt, was lange veräumt worden war. Er hat es getan unter dem Zwang der Not, in dem Bewußtsein, verloren zu sein, wenn er nicht endlich gerade, vernünftige Politik macht. Immerhin er hat es getan. Die Abredung mit Herrn v. Seydebrand bezog sich vornehmlich gerade auf die Stellen, denen der Kronprinz seinen Beifall geschenkt hatte. Als ordinäre Wahlbewerber wurde entlarvt, was den Kronprinz, lo sehr enttäuscht hatte. In dieser indirekten Zurückweisung der konservativen Politik lag es Herrn v. Behmann besonders.

Frankreich.

Fast alle großen französischen Blätter äußern sich in langen Artikeln über den Streit zwischen dem Reichskanzler v. Behmann sollweg und dem Führer der Konservativen Herrn v. Seydebrand. Sie sind der Meinung, daß, obwohl der Reichskanzler einen großen rednerischen Erfolg davongetragen hat, er doch in gewissem Sinne politischen Selbstmord beging, indem er das Verhältnis zwischen der konservativen Partei und sich zerstückte.

England.

Die englische maßgebende Presse betont, daß Herr v. Behmann sollweg durch die Abwehr der gegen seine Amtsführung erhobenen Vorwürfe seine Stellung wesentlich verbessert habe. Die Blätter bringen Worte der Anerkennung für den „ehrliehen und nützlichen“ Mann. Freilich ist dieses Lob sehr allgemein gehalten und kann

kaum eine andere Bedeutung beanspruchen, als die, daß Befremden über die Stellungnahme des Kronprinzen zum Ausdruck zu bringen. Mit der in solchen Dingen hier üblichen Reserve hält sich die englische Presse von einer Kritik des Vorgehens des Kronprinzen fern und veröffentlicht nur die Pressestimmen deutscher Blätter.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nimmt in ihrem diesmaligen Wochenrückblick das Wort zum Konflikt des Kanzlers mit den Konservativen. Nachdem ausgeführt ist, daß der Kanzler auf vorgefasste fertige und nicht objektive Urteile statt auf die Absicht ernsthafter Prüfung der Regierungsbarlegungen im Reichstage geschlossen sei, heißt es weiter:

„Nicht des Reichskanzlers war es daher, daß Land und die Parteien zur Befremdung zurückzuführen und den schädlichen Wirkungen chauvinistischer Ansprüche auf die politischen Beziehungen des Reichs zum Auslande vorzubeugen. Die Bedeutung dieser Abwehr mußte weit über den Charakter einer persönlichen Auseinandersetzung mit den verschiedenen Parteirednern hinaus. Für den Reichskanzler handelte es sich vor allem um die Freimachung eines politischen Verleses von phantastischen Ansprüchen und wahlpolitischen Rücksichten, die bei mehr als einer Partei zu der ungünstigen Aufnahme beigetragen haben. Das ist im Reichstag ohne Zweifel verstanden worden, und deshalb hat diese zweite Rede lo tief gewirkt. Die Rundgebungen hervorragender Männer des öffentlichen Lebens außerhalb der Parteien lassen erwarten, daß sich auch im Lande die Kritik von einem ungeduldfertigen, durch die Sprache der Tatsachen widerlegten Besimmissus vorbereitet.“

+ Das Weißbuch über Marzoff, welches dem Reichstage zugegangen ist, enthält nur zwei Artikel auf zweieinhalb Seiten. Der Wortlaut des Abkommens ist nicht darin enthalten, sondern nur Auszüge aus einem Notenwechsel zwischen v. Mikolajewski und Cambon, in denen noch einige weniger wichtige Punkte festgelegt werden. So sind Deutschland und Frankreich überein gekommen bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des eben ausgeschlossenen Vertrages das Haager Schiedsgericht anzurufen. Bei Streitigkeiten der Grenzabteilungskommission im Kongolande soll ein von den beiden Regierungen gemeinsam gewählter Schiedsrichter, der einer dritten Macht angehört, gewählt werden. Außerdem wird nochmals das Protokoll Frankreichs über Marzoff ausdrücklich anerkannt, ferner leistet Deutschland Bericht auf vorherige Festsetzung der Quotenbeteiligung am Bahnbau, und schließlich soll Agadir von Frankreich als internationaler Hafen eröffnet werden.

+ Die Verfügung des preussischen Ministers des Innern zur Vorbereitung und Durchführung der bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstag weist besonders hin auf die richtige Abgrenzung der Wahlbezirke, die Wahlurnen, die Zusammenfassung des Wahllokales, die Einführung der Wahlzettel, die Wahlkisten der Wähler. Im einzelnen wird bestimmt, daß, um den wiederholt im Reichstag erhobenen Klagen über die Bildung von kleiner Wahlbezirke entgegenzutreten, darauf Bedacht zu nehmen ist, die Bildung solcher Wahlbezirke zu vermeiden, in denen die geringe Zahl der Wähler die Geheimhaltung der Wahl gefährdet. Es ist ferner auf die Vereinfachung solcher genügend großer Bezirke als Wahlurnen Bedacht zu nehmen, bei denen die Möglichkeit eines willkürlichen Auseinandernehmens des Wahllokales nicht vorliegt, und die es gestattet, die Umschlüge mit den Stimmzetteln durch einen Spalt im Deckel einzuwerfen und den Deckel des Gefäßes bis zum Schluß der Wahlhandlung geschlossen zu halten. Zur Verhinderung mehrbräuchlicher Stimmabgabe sind die Wahlortsher berechtigt, bei Zweifeln über die Identität der zur Wahl erschienenen Personen von diesen eine Legitimation zu verlangen und gegebenenfalls, z. B. neu zugezogene Wähler, darauf aufmerksam zu machen, daß jedermann bei Vermeidung der gesetzlichen Strafe nur in einem Wahlbezirk und bei der Haupt- und Stichwahl nur in dem jeweiligen Wahlbezirk wählen darf. Die Wahlkommissare haben künftig die bei ihnen eingehenden Wahlprotokolle, soweit sie zur Ermittlung des Wahlzettelverlaufes (§§ 26, 27 des Reglements) eingehen und dabei erhöht werden müssen, noch am Tage der Ergebnisfeststellung, alle übrigen aber unverzüglich im kürzestmöglichen Wege an die Glieder mit dem Auftritte zum zurückzugeben, die direkt an den Reichstag einzuliegen, um die für die Wahlanordnung vorgeschriebene Frist (§ 4 der Geschäftsordnung) zu wahren.

Osterreich-Ungarn.

+ Das österreichische Abgeordnetenhaus ist als Ort von Ständlungen bekannt. Soeben wird wieder ein neuer